

## **"Save me! - Flüchtlinge aufnehmen!"**

Ein breites Bündnis von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden fordert, dass Deutschland jährlich ein Kontingent an Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten aufnimmt und integriert. Die beschlossene und noch laufende Aufnahme von 2.500 irakischen Flüchtlingen aus Syrien und Jordanien in der Bundesrepublik ist ein wichtiger aber nur erster Schritt zu einer kontinuierlichen Resettlement - Politik.

Ohne eine Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben sitzen viele Flüchtlinge jahrelang in provisorischen Lagern fest. Der UNHCR geht von weltweit 740.000 Flüchtlingen aus, die in den kommenden Jahren aufgenommen werden müssten.

### **Unsere Fragen:**

1. Werden Sie und Ihre Partei sich für eine kontinuierliche Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten einsetzen? Welche Initiativen werden Sie einleiten? Welche Anregungen entnehmen Sie der Vielzahl kommunaler Beschlüsse für ein jährliches Aufnahmeprogramm?  
<http://www.save-me-kampagne.de/index.html>.
2. Die aktuell aufgenommen irakischen Flüchtlinge werden auf die Bundesländer - wie es im Asylverfahren üblich ist - verteilt. Wie bewerten Sie die Möglichkeiten, das Prinzip der sogenannten Lastenteilung anders als bisher zu gewährleisten, um allen Betroffenen einen möglichst einfachen und schnellen Zugang zu sozialen oder medizinischen Versorgungsstrukturen zu gewährleisten?
3. Die aufgenommen irakischen Flüchtlinge erhalten eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis. Sollte dem angestrebten Daueraufenthalt nicht eher die aufenthaltsrechtlich mögliche Erteilung einer unbefristeten Niederlassungserlaubnis entsprechen?

### **Anregungen für die kommende Legislaturperiode:**

Resettlement ist kein Ersatz für das Asylrecht, sondern eine Ergänzung. Angesichts der relativ niedrigen Asylbewerberzahlen und der Lebensgefahr, die Flüchtlingen oftmals auf ihren Fluchtwegen droht, sollte die kontinuierliche Aufnahme von Flüchtlingen ein wirksames Element der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik werden. Auf europäischer Ebene gibt es dafür – z. B. in Schweden - wichtige und positive Erfahrungen.

Die aufgenommen Flüchtlingen sollten im Unterschied zur derzeitigen Praxis bei der Aufnahme der irakischen Flüchtlinge ihren Wohnort frei wählen können und eine Niederlassungserlaubnis erhalten.

---